



Fachkräftemangel in Kitas erfordert neue Antworten

Akuter Personalmangel bei Kinderbetreuung in ganz NRW – Nachbesserungen im Sofortprogramm des Landes dringend erforderlich

Die Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen fordern das Land auf, deutlich mehr gegen den wachsenden Mangel an pädagogischen Fachkräften zu unternehmen. „Das Sofortprogramm des Landes hat die Kommunen nicht überzeugt, weil es im Kern weiterhin an hohen personellen Standards festhält“, sagte Hauptgeschäftsführer Christof Sommer am xxx in Düsseldorf.

„Das Land muss bei den Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel umgehend nachlegen. Gute Vorschläge der Träger liegen schon seit Monaten auf dem Tisch“, stellte Sommer klar. Bereits im vergangenen August hätten die kommunalen Spitzenverbände dafür geworben, nicht fachspezifisch ausgebildete Ergänzungskräfte zu beschäftigen, die zeitnah eine 160-Stunden-Fortbildung absolvieren müssen.

Zum Teil dramatische Situation vor Ort

„Das aus der Not der Corona-Zeit geborene Alltagshelferprogramm hat aufgezeigt, wie hilfreich die Unterstützung durch Personal ohne pädagogische Qualifikation für eine Kita sein kann“, so Sommer. Daher habe er wenig Verständnis dafür, dass das Land nicht auf die Bitte der Kita-Träger eingegangen sei, die Personalverordnung anzupassen und geeignete Ergänzungskräfte ohne fachspezifische Ausbildung einzubeziehen. Voraussetzung sei in jedem Falle, dass das Kindeswohl uneingeschränkt gewährleistet bleibe.

„Wir erwarten, dass die Landesregierung im Rahmen der Fachkräfteoffensive für die Sozial- und Erziehungsberufe mehr Verantwortung übernimmt und dies möglichst schnell“, sagte Sommer. Dies gelte insbesondere für die konzeptionelle Steuerung zur Einführung der erwähnten Ergänzungskräfte. Das Land bringe die besten Voraussetzungen mit, um schnell ein gemeinsames Vorgehen aller Beteiligten zu ermöglichen.

Sommer wies auf die Dramatik der aktuellen Lage hin: Vielerorts sehe man sich in den Kitas bereits gezwungen, den Stundenumfang zu reduzieren. Teilweise müssten auch einzelne Gruppen oder in Einzelfällen sogar ganze Einrichtungen schließen müssen. „Landesweit beobachten wir, dass der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz nicht mehr vollständig erfüllt werden kann, weil es nicht genügend Personal gibt“, bekräftigte Sommer.

Keine Alternative zu pragmatischen Lösungen

„Die Familien sind auf eine zuverlässige Betreuung angewiesen. Um ihnen gerecht zu werden, können wir uns hohe personelle Standards aktuell nicht mehr erlauben. Vorrang haben muss in einer derart schwierigen Lage der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz. Dies wird nur zu leisten sein, wenn wir uns für pragmatische Lösungen öffnen und die pädagogischen Fachkräfte systematisch und nachhaltig entlasten“, so der Hauptgeschäftsführer des kommunalen Spitzenverbandes.

Zu begrüßen sei in diesem Zusammenhang ausdrücklich die Entscheidung des Landes, das Alltagshelperprogramm bis zum Ende des laufenden Kita-Jahres fortzusetzen. Allerdings brauche es auch hier eine langfristige Perspektive, um das Personal halten zu können. Wünschenswert sei daher eine eindeutige Festlegung des Landes, Alltagshelferinnen und Alltagshelfer auch dauerhaft finanzieren zu wollen.

Neben den bereits angesprochenen Maßnahmen zur Gewinnung von Fachkräften haben die kommunalen Spitzenverbände im Rahmen der Landesarbeitsgemeinschaft für öffentliche und freie Wohlfahrtspflege NRW noch weitere Vorschläge gemacht.

Dazu zählen u.a.:

- deutlicher Ausbau der Studienplätze an den Universitäten für Elementarpädagogik
- deutlich mehr Ausbildungskapazitäten an den Schulen, die das Personal in den Tageseinrichtungen ausbilden
- Ausbildung des erforderlichen Lehrpersonals
- schnellere Anerkennung ausländischer Qualifikationen.

Mit der notwendigen Erhöhung der Ausbildungskapazitäten sollte das Land auch kurzfristig schon verstärkt auf die praxisintegrierte Ausbildung (PiA) von Erzieherinnen und Erziehern sowie Kinderpflegerinnen und Kinderpflegern setzen.